

Die Ratssitzung am 6. Februar 2018



Rat im Rückblick

35. Sitzung des Rates vom 6. Februar 2018

Mit knapp fünf Stunden Dauer war diese Ratssitzung zwar deutlich kürzer als frühere, aber dafür politisch spannender.

Eindeutig im Mittelpunkt stand die Kontroverse über die Maßnahmen zur Luftreinhaltung im zukünftigen Luftreinhalteplan. Letztlich setzte sich das schwarz-grüne Gestaltungsbündnis mit Unterstützung der Gruppe GUT, Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Linke-Fraktion mit der Einführung der „Blauen Plakette“ sowie einem flankierenden Maßnahmenbündel durch. Somit würde nur noch Dieselfahrzeugen mit niedrigem Schadstoffausstoß die Einfahrt in die Kölner Umweltzone gestattet. Die SPD schwadronierte und kritisierte viel, verweigerte sich aber kurzfristig wirksamen Maßnahmen. Deutlich wurde, dass sie ihre jahrelangen Versäumnisse kaschieren wollte. In der letzten Wahlperiode hat sie GRÜNE und die damalige Umweltdezernentin Reker oftmals ausgebremst. Das rächt sich nun. Die Entscheidung über solche Maßnahmen – insbesondere Fahrverbote für Dieselfahrzeuge – liegt aber bei der Bezirksregierung.

Über die Einführung der Blauen Plakette entscheidet die Bundesregierung oder aber das Bundesverwaltungsgericht. Für den 22. Februar hat das Gericht ein Urteil angekündigt, das dann bindend wäre. Die schwarz-grüne Gestaltungsmehrheit und die Oberbürgermeisterin wollen darauf aber nicht warten, sondern haben mit ihrem Beschluss klargestellt, dass sie handeln möchten.

Es gab auch noch andere Ratsbeschlüsse.

Die wesentlichen Ratsbeschlüsse im Überblick:

Kölns Städtepartnerschaften im Stadtbild sichtbar machen



Einstimmig wurde der Antrag des Haushaltsbündnisses von CDU, GRÜNE, FDP und GUT vom Rat beschlossen. In einem Ideenwettbewerb, an dem auch der Kunstbeirat, die im zuständigen Ausschuss für Internationales stimmberechtigten Fraktionen und die Cologne Alliance als Zusammenschluss der Städtepartnerschaftsvereine teilnehmen, sollen eine für die Großstadt Köln angemessene Präsentation der Städtepartnerschaften im Stadtbild finden. Die GRÜNEN betonten

die völkerverbindende Bedeutung der internationalen Städtepartnerschaften Kölns. Dies sei keine einfache Aufgabe, befand **Birgitt Killersreiter** (GRÜNE) und merkte an, dass Ideen, wie z.B. Schilder, die auf die km-Entfernung von Partnerstädten hinweisen oder Partnerschaftsbäume, wie sie Kleinstädte gerne aufstellen, für Köln provinziell wären. SPD, Linke und Bunt hatten auch zu dieser auf Gemeinsamkeit angelegten Initiative mal wieder einen rumnörgelnden Änderungsantrag. Angeblich würden die Städtepartnerschaftsvereine nicht einbezogen. Dies wiesen die Initiatoren zurück. Der beschlossene Antrag schließt die Beteiligung von Cologne Alliance ausdrücklich ein.

Das Haushaltsbündnis hat zudem durch seine Haushaltsbeschlüsse den Bereich „Internationales“ – zuständig für die Pflege der Städtepartnerschaften – gestärkt.

- Im Original: [Der Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT](#)

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Der Antrag von SPD, Linke und Bunt wurde durch einen gemeinsamen [Änderungsantrag des Haushaltsbündnisses](#) (CDU, Grüne, FDP und Ratsgruppe GUT) ersetzt. Die Verwaltung ist bereits seit längerem auf diesem Weg, was die SPD einfach ignoriert. Zur Interkulturellen Öffnung hat sich die Verwaltung bereits verpflichtet, u. a in den Beschlüssen zum [Interkulturellen Maßnahmenprogramm](#) in 2014 und dem [Diversity-Konzept „Köln liebt Vielfalt“](#), das im Dezember 2016 einstimmig vom Rat beschlossen wurde. Da Diversity bereits als



Querschnittsaufgabe im Rahmen der zur Zeit laufenden Verwaltungsreform eingeführt wurde und zusätzlich zwei Reformprojekte innerhalb der Verwaltung laufen, u.a. zu anonymisierten Bewerbungen, war es notwendig, den SPD/Linke/Bunt-Ursprungsantrag zu ersetzen. Schließlich stimmten dem auch SPD, Linke und Bunt zu. Somit wurde der Änderungsantrag vom Rat gegen die rechtsextreme AfD und pro Köln beschlossen.

- Im Original: [Der Antrag von SPD/ Linke/ Gruppe Bunt](#)

Integration von Kreativ- und kulturellen Räumen in die Stadtplanung



Mit dem von den GRÜNEN initiierten Ratsantrag [„Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in der Stadtplanung“](#) sollen Wege und Planungsinstrumente gefunden werden, um der schleichenden Verdrängung der Kreativszenen in den Stadtvierteln entgegenzuwirken und in sich neu entwickelnden Stadtquartieren kreative Räume zu schaffen. Der Antrag wurde vom Rat nun einstimmig beschlossen. Durch den Ratsbeschluss soll eine Untersuchung in Auftrag gegeben werden, um die Sicherung und

Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung voranzutreiben. Dabei soll zunächst beispielhaft die Musikclubszene behandelt werden, zumal der Musikszene in Köln seit langem auch international eine große Bedeutung zugemessen wird. Die Lösungsansätze sind dann auch beispielhaft für die weiteren Cluster der Kultur- und Kreativwirtschaft.

„Köln hat, was die Kultur- und Kreativwirtschaft angeht, viel zu bieten, aber auch viel zu verlieren. Eine Stadt, die sich innovativ und zukunftsweisend entwickeln möchte, muss Kreativquartieren Freiräume und Gestaltungschancen geben.“, erklärte Fraktionsvorsitzende **Kirsten Jahn**. Köln steht im Wettbewerb zu Berlin, Hamburg und München. Das muss bei der weiteren städtebaulichen Planung immer berücksichtigt werden – in bestehenden Stadtteilen und erst recht in neu entstehenden Stadtquartieren. Dafür sollen nun Handlungsempfehlungen und Fördermöglichkeiten entwickelt werden.

- Grüne Pressemitteilung [Stadtentwicklung: Wege für einen urbanen Nutzungsmix aufzeigen](#)

Familienfreundliches Köln – Kita-Ausbau in Köln stärken



Fraktionsübergreifend - SPD, CDU, Grüne, FDP, Wählergruppen GUT und Bunt - hat der Rat beschlossen, den [Kita-Ausbau](#) zu intensivieren, um mehr Kindern Plätze anbieten zu können. Auch, wenn Köln schon auf einem guten Weg im Ausbau der Kitaplätze ist, so ist die Stadt noch weit vom Ziel der Komplettversorgung

entfernt. In 6 verschiedenen Handlungsfeldern - Stadtentwicklung/Liegenschaften, Wirtschaft, Umwelt/Grün, Sport/Schule/Soziales, Jugendhilfe und Handlungsfeld Gesetzgeber – hat diese breite Ratsmehrheit nun die Verwaltung in ihrem bisherigen Tun bestärkt und beauftragt, sämtliche Register zu ziehen, um mehr Flächen zu generieren, kreative Lösungen, z. B. Kitas auf Rheinschiffen, auf Dächern bestehender Gebäude, Kombination Kita/Seniorenheim, zu entwickeln oder auch durch Umbauten eine bessere Versorgung sicher zu stellen. Zudem fordert der Rat Land und Bund auf, Fördermittel zur Verfügung zu stellen und den gesetzlichen Rahmen für kreative Lösungen anzupassen. Lediglich die Fraktion Die Linke blieb dem interfraktionellen Antrag fern. Sie wollte neue Personalstellen beschließen, während die Ratsmehrheit erst einmal klären möchte, ob solche überhaupt erforderlich sind.

Edelgard schützt – auch im Rathaus



Die Gleichstellungsbeauftragte Dagmar Dahmen erläuterte in der Ratssitzung, dass ihr Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern Mitglied der Initiative „Edelgard schützt“ ist. Im ersten Schritt werden das Historische Rathaus und der spanische Bau sowie die Bezirksrathäuser als sichere Orte einbezogen. In einem zweiten Schritt folgen Stadthaus Deutz, Museen und weitere öffentliche Gebäude. Die Mitarbeitenden erhalten eine Schulung, die von Gleichstellungsamt und Frauenberatungsstellen entwickelt wurde. Im Ausschuss Allgemeine Verwaltung (AVR) werde sie weiterhin über den Fortgang berichten. Für die GRÜNEN erklärte

Luisa Schwab, frauenpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion, die Unterstützung der Etablierung von „Edelgard“ in den städtischen Gebäuden.

Es wurde aber auch deutlich, dass Antrag der Gruppe Bunt nicht notwendig gewesen wäre, zumal ihr Sprecher im AVR immer informiert wurde. Trotzdem wurde der Antrag der Gruppe Bunt an den Ausschuss Allgemeine Verwaltung (AVR) überwiesen.

- Webseite [Edelgard schützt](#)

Luftreinhaltung – Position der Stadt Köln

Nach kontroverser Debatte beschloss der Rat den [Änderungsantrag](#) von CDU, GRÜNE und GUT mit Unterstützung der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD. Damit wurde auch die Verwaltungsvorlage in ihrer Zielrichtung unterstützt und die Arbeit des „Runden Tisches, dem u.a. Akteure der lokalen Wirtschaft und der Umweltverbände angehören, gewürdigt.



Der Ratsbeschluss wird an die Bezirksregierung übermittelt, die über den Luftreinhalteplan entscheidet und damit den Kommunen wie der Stadt Köln verbindliche Vorgaben macht.

Die [Entscheidungsvorlage der Verwaltung „Luftreinhaltung“](#) beinhaltet die Vorschläge des Runden Tisches.

Wichtig ist den GRÜNEN die Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen mit hoher Wirksamkeit. Dazu gehören z.B. die Sonderbusstreifen für KVB-Busse, Mobilitätsstationen an ÖPNV-Bahnhöfen und Haltestellen und die Umsetzung des LKW-Führungskonzepts einschließlich des LKW-Transitverbots durch die Innenstadt. Überfällig ist auch die Sperrung der Innenstadt für Touristenbusse (Komödienstraße).

Vorrangig ist die Einführung einer sogenannten „Blauen Plakette“, um nur noch Diesel-Fahrzeuge mit niedrigem Schadstoffausstoß in der Stadt zuzulassen.

Allerdings kam das von der Verwaltung beauftragte [Gutachten](#) zu dem Ergebnis, dass auch bei Einführung der „Blauen Plakette“, dass Dieselfahrverbote vorsieht, die gesetzlichen Grenzwerte nicht überall unterschritten würden. Nur eine Bündelung aller Maßnahmen und

deren schnelle Umsetzung bewirken eine Verbesserung der Luftqualität und damit eine Verbesserung der Gesundheit der Kölner Bevölkerung.

- Pressemitteilungen:
[Luftreinhalteplan: „Wir müssen endlich handeln“](#)
[Gutachten zum Luftreinhalteplan zeigt dramatische Luftschadstoffbelastung auf](#)

Zentrales Migrationsmuseum in Köln



Der Rat hat heute mehrheitlich gegen die Stimmen von AFD und pro Köln die [Ansiedlung eines „Zentralen Migrationsmuseums“ \(Arbeitstitel\) am Standort Köln](#) befürwortet. Die Verwaltung soll in Kooperation mit dem in Köln ansässigen Dokumentationszentrum

und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMID) mögliche Standorte im Kölner Stadtgebiet in Hinsicht auf ihre grundsätzliche Eignung prüfen und die Investitionsfinanzierung durch Landes-, Bundes-, Stiftungs- und private Mittel sowie Trägerschaft und zukünftigen Betrieb näher ermitteln. Der Integrationsrat favorisiert die historischen KHD-Hallen in Kalk als Standort. Dem schloss sich der Rat nun an. Vorausgegangen war ein gemeinsames Schreiben aller im Landtag NRW vertretenen Fraktionen an die Bundesregierung im Dezember 2016 für die Ansiedlung eines Zentralen Migrationsmuseums im Land NRW. Diese Initiative bezieht sich auf die bereits bestehende Sammlung des DOMID, sowie eine vom Land NRW beauftragte Machbarkeitsstudie, die als Standort eine von Migration geprägte Großstadt oder einen entsprechenden Ballungsraum mit historischen Anknüpfungspunkten zur Einwanderung empfohlen hat. Die GRÜNE Ratsfraktion begrüßt ausdrücklich den Ratsbeschluss und wird sich im weiteren Prozess für eine gute Lösung engagieren.

- Webseite: [Domid Köln](#)

Institutionelle Förderung für das Festival „Sommerblut“



Das Haushaltsbündnis von CDU, GRÜNE, FDP und GUT hat mit dem gemeinsamen Änderungsantrag zum Haushalt 2018 „[Verwendung der Kulturförderabgabe](#)“ erstmalig Mittel für die Förderung des Sommerblut-Festivals in Höhe von 50.000€ bereitgestellt. [Die Mittelfreigabe wurde heute im Rat für die Jahre 2018-2020 beschlossen.](#)

Das inklusive Festival „Sommerblut“ wird seit 2005 bereits mit Projektmitteln des Kulturamtes gefördert. Die institutionelle Förderung gibt dem Festival nun deutlich mehr Sicherheit für Planung, Durchführung und Abwicklung des Festivals, was die grüne Ratsfraktion ausdrücklich freut.

- Webseite: [Sommerblut Kulturfestival](#)

Wahl Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf

In den Beirat wurden Vertretende von SPD, CDU, GRÜNE, Linke und FDP gewählt. Auf Vorschlag der grünen Ratsfraktion entsendet der Rat das grüne Ratsmitglied **Firat Yurtsever** (Jurist und Mitglied des Integrationsrates) sowie den Rechtsanwalt **Moritz Cuber**. Die GRÜNEN danken ausdrücklich ihren Vorgängern Klaus Jünschke und Arif Ünal (bis Mai 2017 Landtagsabgeordneter) für ihre langjährige engagierte Arbeit. Mit Beginn einer neuen Legislaturperiode des Landtags muss der Beirat der Justizvollzugsanstalt neu gewählt werden. Dies holte der Rat nun endlich nach.

Der Beirat gibt u.a. Anregungen und Empfehlungen für eine Verbesserung des Vollzuges. Beiratsmitglieder helfen im Einzelfall auch bei der Eingliederung der Gefangenen nach der Entlassung. Die Beiräte haben Zutritt zu allen Einrichtungen der Anstalt und können mit Gefangenen ohne Beisein eines Bediensteten der Anstalt sprechen. Die Gefängnisleitung unterstützt den Beirat bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

Sachkundiger Einwohner Schule und Weiterbildung

Der Rat wählte auf Vorschlag der grünen Ratsfraktion **Thomas Glowacki** als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Industriepark Köln Nord



Der Rat stimmte der Veräußerung eines 11 ha großen Grundstücks im Industriepark Köln Nord an einen Logistikdienstleister zu, der dort das Logistikzentrum für die Ford-Werke errichtet, da Ford dort die Ersatzteillogistik für den europäischen Markt konzentrieren möchte. Dieser Verkauf kollidiert nicht mit dem Ausbau des Terminals für den kombinierten Ladeverkehr (KLV). Dieses KLV-Terminal und das geplante Logistikzentrum auf der angrenzenden

Fläche wird von der städtischen Tochter Hafen- und Güterverkehr (HGK AG) ausgebaut und betrieben. Transportgüter werden vom LKW auf die Schiene verladen. Nach Endausbau werden somit **250.000 LKW-Fahrten durch die Stadt eingespart**. „Wir wollen, dass die HGK die dafür notwendigen Flächen von der Stadt erwerben kann. Dafür hat sich die HGK bereits seit zwei Jahren bei der Stadt beworben.“, erläutert **Jörg Frank**, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion.

Die Oberbürgermeisterin hat vor der Ratssitzung erklärt, dass sie diesem Vorhaben den Vorrang einräumt und nun die Verhandlungen mit der HGK vorangetrieben werden. Zudem gab die Verwaltung bekannt, dass dem weltweit agierenden Online-Versandhändler Amazon, der sich neuerdings auch für diese Fläche interessiert, durch die städtische Wirtschaftsförderung Alternativflächen im Industriepark Köln Nord angeboten werden.

- Pressemitteilung: [GRÜNE für den weiteren Ausbau des KLV-Terminal Köln-Nord der HGK](#)

-
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de -
V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer